

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Insertate
(1) Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 8. Sept. Se. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allerhöchst geruht: Den Stadtgerichtsrath Dr. Meusch in Königsberg zum Rath bei dem ostpreussischen Tribunal daselbst zu ernennen; den Kreisgerichtsrath Dr. Lipst zu Königsberg i. Pr. bei seiner Veretzung in den Ruhestand den Charakter als Kanzleirath zu verleihen; den bisherigen Geodäten, Oberlieutenant a. D. Wagner zu Landsberg a. W., im Regierungsbezirk Frankfurt a. O., der von der dortigen Stadtverordnetenversammlung getrossenen Wiederwahl gemäß, in gleicher Eigenschaft für eine fernere sechsjährige Amtsdauer zu bestätigen; und von den Seiten des Magistrats zu Cassan präsentirten drei Kandidaten den vormaligen Aktuar und Regimentsdiätarist Spohnholz zum Bürgermeister der Stadt Cassan zu ernennen; ferner dem königlichen Hausarchivar, Geheimen Archivrat Dr. Maercker zu Berlin, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Königs von Bayern Majestät ihm verliehenen Komthurekreuzes des Verdienstordens vom heiligen Michael zu erteilen.

Der Baumeister Hermann Schwabe ist zum königlichen Eisenbahnbaumeister ernannt und demselben die zweite Eisenbahnbaumeisterstelle auf der Oberhessischen Eisenbahn, mit dem Wohnsitz zu Kattowitz, verliehen worden; der Polizei-Kommissarius Piper zu Wachen ist zum Fabrik-Inspektor ernannt worden.

Der bisherige Kreisrichter Moeger in Tetzburg ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht daselbst und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Münster, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Tetzburg, ernannt worden.

Der ordentliche Professor der Rechte Dr. Stobbe in Königsberg ist in gleicher Eigenschaft in die juristische Fakultät zu Breslau versetzt.

Se. Hoheit der Prinz Alexander von Hessen ist von Wien hier angekommen.

Ankommen: Se. Excellenz der Staatsminister v. Auerswald, aus der Provinz Preußen; Se. Excellenz der Wirkliche Geheimrath und Oberpräsident der Provinz Preußen, Eichmann, von Weimar; Se. Excellenz der Wirkliche Geheimrath und Präsident des Evangelischen Oberkirchenraths, v. Mecktrig, aus Nieder-Heidersdorf, Kreis Lauban.

Telegramme der Posener Zeitung.

London, Mittwoch, 7. Sept. Der Großfürst Konstantin ist heute nach Kronstadt abgereist. — Der heutige „Globe“ glaubt an das Zustandekommen eines Kongresses. — Der „Great Eastern“ hat glücklich die gefährlichsten Stellen der Themse passiert und ist in Woolwich eingetroffen.

Parma, Dienstag, 6. Sept. Die Wahlen sind beendet; die Nationalversammlung ist zusammengetreten.

Bologna, Dienstag, 6. Sept. Die Nationalversammlung hat folgenden Antrag votirt: Wir, die Repräsentanten des Volks der Romagna, rufen Gott zum Zeugen der Lauterkeit unserer Absichten an, und erklären, daß die Völker der Romagna Kraft ihrer Rechte nicht länger die weltliche Regierung des Papstes wollen. (Vergl. gestr. Ztg.)
(Eingeg. 8. Sept. 7 Uhr Vorm.)

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 7. Sept. [Vom Hofe; Mancherlei.] Der Prinz Friedrich Wilhelm traf heute Morgen von Potsdam hier ein und wohnte dem Manöver mit gemischten Waffen bei, das unter dem Kommando des Generalmajors Herwarth v. Bittensfeld in der Gegend zwischen Wilmersdorf und Charlottenburg ausgeführt wurde. Die Truppen kehrten Mittags zur Stadt zurück, und der Prinz Friedrich Wilhelm fuhr um zwei Uhr mit dem Prinzen Albrecht (Sohn) wieder nach Potsdam. — Die Abreise des Prinzen und der Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm nach Schloß Erdmannsdorf ist auf nächsten Dienstag angelegt. — Die Großfürstin Helene von Rußland begab sich heute Mittag in Begleitung ihres Bruders, des Prinzen Friedrich von Württemberg, nach Potsdam. Die hohen Gäste verabschiedeten sich von der Königin und den Mitgliedern der königlichen Familie und kehrten um 5 Uhr mittelfst Extrazugs hierher zurück, wo sie der Prinz August von Württemberg bei ihrer Ankunft auf dem Bahnhofe empfing und in das russische Gesandtschaftshotel geleitete, wo die hohen Verwandten zusammen das Diner einnahmen und Abends im Schauspielhause erschienen. Morgen Abend feiert der Prinz Friedrich von Württemberg nach Stuttgart zurück; die Frau Großfürstin will am Freitag früh über Königsberg die Rückreise nach Petersburg fortsetzen. — Der Erbprinz von Sachsen-Weiningen und der Prinz Gustav von Sachsen-Weimar sind bereits wieder nach Meiningen zurückgekehrt, weil sie gestern auf Schloß Altenstein der Feier des Geburtstages der Herzogin beiwohnen wollten. In einiger Zeit kommen sie wieder an unsern Hof und werden dann den Übungen unserer Truppen beiwohnen. — Aus Wien ist heute hier der österreichische Feldmarschall-Lieutenant, Prinz Alexander von Hessen-Darmstadt mit seiner Gemahlin angekommen und im Hotel Royal abgestiegen. Die beiden Prinzen Ludwig und Heinrich von Hessen und bei Rhein kamen Vormittags von Potsdam nach Berlin und verweilten bis Abends bei ihren hohen Verwandten. Am Sonnabend früh will der Prinz Alexander von Hessen-Darmstadt mit seiner Gemahlin nach Petersburg abreisen und seiner Schwester, der Kaiserin, einen längeren Besuch machen. — Der Staatsminister v. Auerswald ist gestern von Königsberg hierher zurückgekehrt und wird, wie es heißt, sich in einigen Tagen zum Prinz-Regenten begeben. Den gestrigen Abend brachte Herr v. Auerswald beim Handelsminister v. d. Heydt zu, mit dem er schon lange einen geselligen Verkehr unterhält. Unmöglich kann daher von einer Spannung der übrigen Minister mit Herrn v. d. Heydt und seinem Schwager, dem Justizminister Simons, die Rede sein.

— [Die städtische Polizeiverwaltung.] Bekanntlich war schon unter der Verwaltung des Staatsministers Flottwell die

Rückgabe der örtlichen Polizeiverwaltung in denjenigen größeren Städten, in welchen dieselbe besonderen Staatsbeamten übertragen worden war, an die Magistrate im Werke. Wie verlautet, geht jetzt die Absicht dahin, bis zu einer definitiven Revision der Gemeindeverfassungen, die keineswegs, wie man vielfach glaubt, schon in der nächsten Landtagsession eintreten wird, einzelne Zweige der Polizei-Verwaltung und besonders die eigentliche Municipal-Polizei, wozu das Gewerbe- und Marktwesen, die Baupolizei, das Straßenreinigung- und Feuerlöschwesen u. dgl. m. gerechnet wird, den Magistraten zurückzugeben. (BZ.)

— [Stiftung.] Die von dem Bischof von Ermland, Dr. Joseph Ambrosius Gerig, laut Stiftungsurkunde und Statut d. d. Frauenburg, den 31. März 1859 mittelfst eines eisenen Betriebskapitals von 25,000 Thlr. in 3½prozentigen Werthpapieren, welches derselbe nach Inhalt einer Schenkungsurkunde, d. d. Frauenburg, den 6. April 1859 um 8000 Thlr. in ostpreussischen Pfandbriefen und 2000 Thlr. in Staatsschuldscheinen, nebst Zinstupons vom Johanniterorden resp. 1. Juli 1859 ab, vermehrt hat, zur Pflege, zur Erziehung und zum Unterricht katholischer Waisen beiderlei Geschlechts aus der Diözese Ermland, ingleichen zur Pflege und Heilung von Kranken ohne Unterschied des Religionsbekenntnisses, Geschlechts und Herkommens, in dem bischöflichen Schlosse zu Heilsberg, im Kreise gleichen Namens, Regierungsbezirks Königsberg, unter dem Namen „Sankt Joseph-Stift“ gegründete katholisch-kirchliche Anstalt ist Allerhöchst landesherrlich genehmigt worden.

— [Dr. W. Pfeil t.] Der Geh. Oberforstsrath, Direktor der höheren Forstlehranstalt zu Neustadt-Eberswalde, Dr. W. Pfeil, ist am 4. d. zu Warmbrunn verstorben.

— [Administrative Zwangsmaßregeln gegen die Presse.] Unter dem Regimente der Herren v. Westphalen und v. Raumer ist es vorgekommen, daß die betreffenden Behörden sich an die Gerichte wandten, um von dem Redakteur einer Zeitung die Namhaftmachung eines Korrespondenten zu erzwingen, dessen Mittheilungen angeblich nur durch Verletzung des „Amtsgeheimnisses“ hätten ins Publikum kommen können. Unter dem Ministerium des Grafen Schwerin und des Hrn. v. Bethmann-Hollweg thum die Behörden, thut wenigstens die Danziger Regierung einen Schritt weiter. Sie verlangt, wie die „Danziger Zeitung“ des Näheren mittheilt, zuerst in einer von dem Präsidenten v. Blumenthal veranlaßten Zuschrift, daß die Redaktion den Verfasser einer von Segut-rath Bantrup betreffenden Korrespondenz nennen soll, weil der Inhalt derselben „anscheinend nur durch Verletzung eines Amtsgeheimnisses“ in die Öffentlichkeit gelangt sein könne, und weil sie die Ermittlung des Schuldigen beabsichtige. Die Redaktion wies dieses Ansinnen aus sachlichen und rechtlichen Gründen auch da zurück, als dasselbe durch das Organ des Polizei-Präsidiums wiederholt wurde. Damit beruhigte sich jedoch die Regierung nicht, und anstatt wenigstens an das kompetente Gericht sich zu wenden, nöthigte sie durch eine von dem Ober-Regierungsrath Pavelt unterzeichnete Verfügung die Polizei, den Redakteur zur eidlichen Vernehmung vorzuladen (uns ist etwas ganz Aehnliches auf Veranlassung des Ministers D. Flottwell bei einer höchst unschuldigen Zeitungsnotiz begegnet; v. Red. d. Pos. Ztg.), und eine Aussage von ihm durch eine sogenannte Grefutivstrafe von fünf Thalern zu erzwingen. Selbstverständlich ist die Polizei zu einer eidlichen Vernehmung in keinem Fall und eine Regierung nur dann berechtigt, wenn sie sich als Disziplinarhof konstituiert hat. Eine polizeiliche „Grefutivstrafe“, wie wir bei dieser Gelegenheit ausdrücklich hervorheben wollen, gehört gar nicht zu den „gesetzlichen Mitteln“, durch die nach dem Gesetz von 1850 die Polizei den von ihr geforderten Gehorsam erzwingen kann. Dies Grefutivsmittel wird vielmehr nur in einem einzigen Gesetze, nämlich in dem vom 26. Dezember 1808, genannt, und in diesem wird das Recht zu seiner Anwendung nicht den Lokal-Polizeibehörden, sondern lediglich den Bezirksregierungen zuerkannt, und auch diesen nur für solche Fälle, in denen es sich um gewisse fiskalische Leistungen, insbesondere der Domänenpächter, handelt. Der Minister Flottwell war daher, wie wir ebenfalls ausdrücklich bemerken wollen, im Irrthum begriffen, als er in einem, von der Presse mehrfach besprochenen, Erlasse den Danziger Landrath von Brauchitsch zwar nöthigte, die Androhung einer Grefutivstrafe für eine ganze Gattung von Fällen zurückzunehmen, jedoch zugestand, daß im einzelnen Falle eine solche Strafe verfügt werden könne. Graf Schwerin hat in Folge einer an ihn gelangten Beschwerde selbstverständlich der Danziger Regierung befohlen, in dem vorliegenden Fall von „administrativen Zwangsmaßregeln“ gegen den Redakteur der „Danziger Zeitung“ Abstand zu nehmen (s. Nr. 206). Wir aber schließen uns nicht nur dem dringenden Wunsch des Blattes an, daß die Zeit bald komme, wo die Provinzialbehörden nicht mehr in der Anschauungsweise des Ministeriums Westphalen die Gesetze auslegen und die Intentionen des gegenwärtigen Ministeriums zur Ausführung kommen lassen; wir sprechen vielmehr den weitern Wunsch aus, daß die Waffe der Disziplinaruntersuchung endlich auch einmal zum Schutze der bisher und der auch in diesem Fall von ihr Bedrohten geschwungen werden möge. Vielleicht aber wäre es gerechter, die reaktionären Gesetze über das Disziplinarverfahren überhaupt außer Anwendung zu lassen, vielmehr der Volksvertretung die Aufhebung derselben vorzuschlagen, zumal in dem vorliegenden Falle es die Pflicht der Staatsanwaltschaft sein dürfte, auf den §. 315 des Strafgesetzbuches zu rekurrieren. Derselbe handelt von dem Falle, daß „ein Beamter seine Amtsgewalt mißbraucht, um Jemand zu einer Handlung u. dgl. widerrechtlich zu nöthigen“. Freilich liegen uns aus der bisherigen Praxis nur zu viel Fälle vor, in denen das Anlagemonopol der Staats-

anwaltschaft bloß dazu benutzt ist, um diesen Paragraphen nicht zur Anwendung kommen zu lassen. Uebrigens hat diese Angelegenheit nicht bloß eine ernste Seite. Es handelt sich nämlich in der betreffenden Korrespondenz der „Danziger Zeitung“ um einen Vorfall, der nicht, wie die Herren v. Blumenthal und Pavelt geglaubt haben, durch irgend Jemand, den sie zur Disziplinaruntersuchung zu ziehen beabsichtigten, sondern durch den Herrn Bantrup selbst zuerst ins Publikum gekommen. Diesem Herrn machen wir jedoch nicht im Geringsten den Vorwurf daraus, daß es sich um Dinge handelt, die weder das Gesetz noch die Sitte unter dem Schleier des Amtsgeheimnisses zu verhillen gebietet. (N. Z.)

Danzig, 6. September. [Antrag auf Erbauung von Kasernen.] Das Vertrauen, welches man allenthalben im weitesten Vaterlande zu der gegenwärtigen preussischen Regierung hat, im Schooße unserer Stadtverordneten-Versammlung die Wiederholung eines Antrages hervorgerufen, den man zwar schon früher wiederholt, aber immer vergeblich, an die Staatsregierung gestellt hat, und dessen endliche Gewährung man jetzt erhofft: den Antrag auf Erbauung von Kasernen. Als Danzig am 28. März 1793 „verlassen von aller Hilfe und den Zeitumständen nachgebend“ (wie es wörtlich in der desfallsigen Erklärung heißt) sich dem Scepter Sr. preussischen Majestät freiwillig unterwarf, ertheilte Nr. 3 der gegenseitig vereinbarten (15.) Kapitulationspunkte die Allerh. Zustimmung, daß die Reichsstadt Danzig für ewige Zeiten frei von Natural-Einquartierung sein, zu deren Erleichterung für die dieses Privilegiums entbehrende Nieder- und Altstadt aber auf letzterer „des Baldigsten“ von Staatswegen Kasernen erbaut werden sollten. Dieses Versprechen ist jedoch, obgleich Danzig nächst Berlin im ganzen Staate die stärkste Garnison hat, so gut wie unerfüllt geblieben; indem die eine einzige Staatskaserne (auf dem Bischofsberge vor der Stadt erbaut) nur ein einziges Bataillon faßt. Die Befestigung unserer Stadt besteht aber aus nicht weniger als 8 Bataillonen (6 Linien-Infanterie, 1 Landwehr-Stamm- und das See-bataillon) 2 Schwadronen, 2 Artillerie- und 1 Pionier-Abtheilung, ungerechnet verschiedene kleine Truppenkörper (wie Handwerks- und Straf-Kompagnie) und die auf der „Barbarossa“ nicht kasernirten Matrosen. Diese Alle aufzunehmen, reicht die erwähnte Eine öffentliche, wie ein Paar in jüngster Zeit auf Spekulation erbaute Privatkasernen bei Weitem nicht aus, und so ist denn immer noch der weitaus größte Theil der Befestigung bei den Bürgern der Altstadt einquartirt. Die Kommunalbehörden haben demnach sich dahin vereinigt, bei dem k. Staatsministerium auf endliche Erfüllung der vom Staate übernommenen, und wiederholt als „des Baldigsten auszuführen“ verheißenen Verpflichtung zu petitioniren, und hoffen, wie gesagt, diesmal auf Erfolg. (Sp. Z.)

— [Die „Gefion“.] Am 3. d. lief die „Gefion“, nachdem sie die Bösung ihrer Geschütze u. vollendet hatte, in den Hafen und bleibt vorläufig am rechten Weichselufer, gegenüber der Hafenschleuse, liegen. (D. Z.)

— [Cholera.] Der Magistrat hat sich mit Rücksicht auf die zunehmende Choleraepidemie veranlaßt gefühlt, in unserm Hafenort Neufahrwasser auf allerhöchste ein Hilfslazareth herzustellen zu lassen. Von gestern bis heute sind bei dem hiesigen Polizeipräsidium als an der Cholera erkrankt gemeldet 43 Personen (34 vom Civil, 9 vom Militär); Sterbefälle dagegen 23 und zwar nur vom Civil. Im Ganzen sind bis jetzt gemeldet: 293 Erkrankungen und 133 Sterbefälle. In ärztlicher Behandlung befinden sich 125 Personen.

Hagen, 6. Sept. [Nichtergehalte.] Aus der Justizverwaltung verdient neuerdings Erwähnung, daß in einzelnen Appellationsgerichtsbezirken den richterlichen Beamten die von den letzten Kammern mit Zustimmung des Landes beschlossene und mit allerhöchster Genehmigung bereits in den diesjährigen Etat aufgenommene Gehaltserhöhung, aus welchen Gründen, ist unbekannt, bis zur Stunde vorenthalten wird. (N. Z.)

Halle, 5. Sept. [Apothekerverein.] Heute und morgen findet in unser Stadt die diesjährige General-Versammlung des norddeutschen Apothekervereins statt. Bereits am gestrigen Tage trafen viele Mitglieder, zum Theil aus weiter Ferne, hier ein, so daß eine sehr zahlreiche Theilnahme in Aussicht steht. (S. Z.)

Köln, 6. Sept. [Dombau; Falschmünzer.] Nach dem neuesten „Domblat“ hat die Einnahme des Central-Dombauvereins im August d. J. im Ganzen 4601½ Thlr. und seit Januar d. J. 17,236 Thlr. betragen. Unter der letzten Monats-Einnahme sind 2000 Thlr. gewöhnlicher Beitrag der Köln-Mündener Eisenbahn-Gesellschaft und 2000 Thlr. persönlicher Zuschuß der Direktoren derselben Gesellschaft aus ihrer Tantieme. — Vor Kurzem wurden hier zwei der Falschmünzerei verdächtige Ziegelfabrikanten verhaftet, bei denen die Formen zu Zwei- und Einthalersstücken und preussischen Goldmünzen vorgefunden wurden.

Magdeburg, 6. Sept. [Die Irvingianer.] Die hiesige apostolische (Irvingianer-) Gemeinde petitionirt gegenwärtig um Allerhöchste Verleihung von Korporationsrechten. Sie hat, trotz ihrer geringen Mitgliederzahl (unter 100) es doch ermöglicht, ein nicht unbedeutendes Kapital zum Ankauf eines eigenen Grundstückes zusammenzubringen.

Marienburg, 6. Sept. [Petition.] In der letzten Stadtverordnetenversammlung stellte der Stadtverordnetenvorsteher C. Regier den Antrag, eine Petition an den Landtag wegen Wiedereinführung der Städteordnung von 1808 vorzubereiten. Fast einstimmig wurde derselbe angenommen. Zwei, die nicht dafür stimmten, waren der Ansicht, daß nach dem Wahlsystem der alten Städteordnung die

Intelligenz weniger wie gegenwärtig in der Versammlung vertreten sein würde. (N. G. A.)

Mörs, 5. Sept. [Verbesserung der Lehrergehalte.] Das Einkommen der Schulstellen in der Grafschaft Mörs ist in der letzten Zeit vielfach verbessert worden. Die Hauptveranlassung dazu waren unstreitig die vielen Vakanzen. Um nämlich für die erledigten Stellen wieder geeignete Lehrkräfte zu gewinnen, war man geradezu genötigt, die Dotation wesentlich zu erhöhen. Auf diese Weise haben wir fast gar keine Stelle mehr in der Grafschaft, die nicht wenigstens 250 Thlr. ausbrächte. (G. Z.)

Duppeln, 6. Sept. [Lehrerkonferenz.] Am 31. August fand in Groß-Döbern die Hauptkonferenz der Lehrer des Schulinspektionsbezirks Duppeln II. unter Vorsitz des Regierungs- und Schulrathes Polomski aus Duppeln statt, zu welcher 37 Lehrer und die benachbarten Geistlichen erschienen waren. Es kam das von den Lehrern zur schriftlichen Bearbeitung gegebene Thema: Wie soll die deutsche Sprache in den polnischen Schulen mit Bezug auf die Regierungs-Verfügung vom 8. April 1853 und 20. Februar 1859 gelehrt werden? zur allgemeinen Besprechung. Lehrer Dehnisch stellte folgende vier Punkte zur Diskussion: 1) Welches ist die zulässige Weise, den deutschen Sprachunterricht einzuführen, ohne die allgemeinen Unterrichtszwecke zu beeinträchtigen? 2) Welche Hindernisse stellen sich diesem Streben entgegen, und wie sind dieselben zu beseitigen? 3) Welches Ziel muß hauptsächlich ins Auge gefaßt werden, um durch den deutschen Sprachunterricht in den polnischen Schulen den Grund zu legen, damit die Kinder in ihrem späteren Leben die sich darbietende Gelegenheit zur Erlernung der deutschen Sprache zweckmäßig anwenden? 4) Welche Klassenziele sind bei jeder Schule festzuhalten, um zum Hauptziele ordnungsmäßig zu gelangen? Diese Punkte riefen starke Debatten hervor, doch gelangte man bald zum richtigen Verständniß der Regierungsverordnung, und der Regierungs- und Schulrath Polomski machte noch einige Bemerkungen in Angelegenheit der Kreisbibliothek. (Schl. Z.)

Stettin, 7. Sept. [Fische.] Seit Kurzem haben sich unerwartet auf dem Damm'schen See große Lachse eingestellt, ohne daß es jedoch den Fischen bis jetzt hat gelingen wollen, dieselben in den gewöhnlichen Netzen zu fangen; die Fische springen über die Netze fort. Zu gleicher Zeit ist ein Seehund auf dem See bemerkt worden, welcher wahrscheinlich mit den Fischen aus dem Meere heraufgekommen ist. (N. St. Z.)

— [Feuersbrunst.] In der Nacht vom 2. bis 3. d. sind in Schlawe vor dem Kößliner Thor 61 Scheunen, meist mit Getreide gefüllt, abgebrannt. Der Schaden wird auf ca. 70,000 Thlr. geschätzt.

Stralsund, 6. September. [Cholera.] Die Befürchtung, daß die in Mecklenburg so verheerend auftretende Cholera auch Pommern nicht verschonen werde, ist leider zur Gewissheit geworden. Kaum war ein dringendes Gesuch des Magistrats von Sulz um ärztliche Hülfe hierher gelangt, so erfuhr man auch schon, daß mehrere der mecklenburgischen Grenze nahe liegende Dörfer von der Cholera befallen worden seien. Vier junge Aerzte aus Greifswald sind bereits engagiert, um theils nach Mecklenburg, theils nach mehreren Grenzorten abzugehen und Hülfe zu leisten. (Vst. Z.)

Oesterreich. Wien, 6. Sept. [Eine Verwarnung.] Verschiedene Wiener Blätter hatten die Analyse der von dem Diktator Farini in der „Gazzetta modenese“ veröffentlichten Briefe des Herzogs Franz V. von Modena mitgetheilt, in denen derselbe, wie bekannt, auf das Bitterste gegen den Kaiser Napoleon und das napoleonische System sich ausspricht. Die amtliche „Wiener Zeitung“ bemerkt darüber: „Mit Bedauern ist es wahrgenommen worden, daß mehrere hiesige Blätter Auszüge aus einer angeblichen älteren Korrespondenz eines dem höchsten Kaiserhause angehörigen italienischen Regenten, ungeachtet der sehr unlaute Duell, aus welcher jene Mittheilungen flossen, ihre Spalten geöffnet haben; bei einiger Aufmerksamkeit auf den verdächtigen Ursprung, so wie auf den Inhalt jener angeblichen Briefe, deren Veröffentlichung den Zweck, Mißstimmungen hervorzurufen, an der Stirn trägt, wäre die Aufnahme in österreichische Blätter besser unterlassen worden, und wir sind überzeugt, daß Wiederholungen in ähnlicher anstößiger Richtung von der Behörde strenger beurtheilt werden müßten.“

— [Stellung der griechischen Kirche in Oesterreich.] Wir haben in Nr. 206 eine Uebersicht gegeben, wie sich der Protestantismus auf die einzelnen Provinzen Oesterreichs vertheilt. Die griechische Kirche, die sich bisher der kirchlichen Freiheit und gleichberechtigten Autonomie nicht erfreute, ist in Oesterreich durch 3,161,805 Bekenner vertreten. Damit ist die sogenannte nicht-unirte, die orientalische Kirche gemeint, denn die unirte oder katholisch-griechische Kirche, welche in Oesterreich ebenfalls 3,694,800 Bekenner zählt, ist der römisch-katholischen längst vollkommen gleichgestellt. Die „Ostb. Post“ macht auf die politische Seite dieser Frage aufmerksam, indem sie bemerkt: „Man hat den österreichischen Griechen oft eine lebhafteste Sympathie für Rußland zum Vorwurf gemacht. In der That mochten sie, so lange sie sich in ihrem kirchlichen Leben zurückgelehrt, als fremd behandelt fühlten, nach Rußland hingeblickt haben, und da sie mit ihren gesammten Kulturbedürfnissen lediglich sich selber überlassen waren, so ist ihnen die russische Freigebigkeit oft genug sehr wohl zu Statte gekommen.“ Aber jetzt, meint die „Ostb. Post“, würde dies bald sich ändern, und je mehr sich die griechische Kirche in Oesterreich befriedigt fühlen und frei und kräftig entwickeln wird, desto mehr wird sie auch im Stande sein, auf die benachbarten, auch national verwandten Völker in den türkischen Ländern eine mächtige Anziehungskraft zu üben, was für die Stellung Oesterreichs von hoher Bedeutung sein muß.“

— [Großartiger Prozeß.] Vor dem Grazer Landesgerichte wird soeben ein großartiger Prozeß der drei „Grazer Geldmänner“: Johann K., Karl M. und Hippolit M. verhandelt, bei welchem die Anfertigung falscher Wechsel zu fabelhaften Summen eine große Rolle spielt und wodurch eine ganze Reihe von Geschäftleuten arg ins Mitleid gezogen wurde. Gegen Johann K. wird unter anderm die Anklage erhoben, daß er durch Ränke der manichäischen Art, namentlich durch Benutzung und Beförderung der Wechsel-fälschungen des Karl M. durch Umlauf gefälschter Wechsel von nahe 200,000 fl. das Verbrechen des Betruges begangen, betrügerischen Bankrott gemacht u. s. w.; gegen Karl M. wird unter anderm die Anklage erhoben, 215,880 fl. Wechselaccepte gefälscht und überhaupt seinen Gläubigern durch Bankrott einen Schaden von mehr als 100,000 fl. zugefügt zu haben; gegen Hippolit M.,

daß er durch den Escompt und die Gefälligkeitsgiri der vom K. ihm übergebenen Wechsel im Gesamtbetrage von 527,219 fl. 32 Kr. sich in gewagte, mit seinen Vermögensverhältnissen in keinem Verhältnisse stehende Geschäfte eingelassen, dadurch den gänzlichen Verfall seines Vermögens verschuldet und so das Vergehen der schuldhaften Erida begangen habe.

Bayern. München, 5. Sept. [Staatsrath v. Abel.] Eine vordem mächtige Säule des Ultramontanismus in Bayern, der frühere Minister des Innern, Staatsrath v. Abel, vormärzlichen Angebens, wird heute begraben. Dem politischen Leben völlig entfremdet, seit er im Jahre 1847 dem Ehrgeize einer Tänzerin geopfert wurde, genoß er noch zwölf Jahre die zweifelhafte Befriedigung, auf die Tage zurückzublicken, in denen er unbeugsam in den Rebellen des politischen und kirchlichen Despotismus das bayrische Staatsschiff lenkte. Bedarf es mehr, um das Leben des Mannes zu zeichnen, als der Erinnerung, daß er die Dissidenten in der Kniebeugungsfrage politisch verfolgte? Und doch, wie anders, als das aalglatte Transigiren und Laviren, das im Nachmärz an die Reihe kam, war die Regierungskunst des Mannes. Er hatte eine Ueberzeugung und den Muth derselben, und wenn er terroristisch, wie es oft geschah, den Kammern und dem Konstitutionalismus entgegentrat, geschah es mit rückhaltloser Kühnheit und ohne die Mühe sich zu geben, seine Regierungsmaximen mit der spanischen Wand offizieller Zeitungsartikel zu verdecken. (N. Z.)

Augsburg, 6. Sept. [Die deutschen Bundesreformbestrebungen.] Im „Augsburger Anzeigerblatt“ lesen wir: „Zur Abwehr. Man macht der deutsch-nationalen Partei immer und immer wieder den Vorwurf, daß es ihre Absicht sei, Deutsch-Oesterreich aus Deutschland zu drängen. Dieser Vorwurf ist böswillige Verleumdung. Wir wünschen die Vereinigung aller deutschen Stämme; aber die österreichische Regierung wie ihre Anhänger sind und waren stets diesem Wunsche feindlich. Die österreichische Regierung hat sich von je her um deutsche Angelegenheiten nur dann bekümmert, wenn es galt, deutsches Recht zu vernichten und deutsche Ehre zu schädigen. Kurfürsten und Schleswig-Holstein geben dafür Zeugniß. Oesterreich durch Waffengewalt zum Anschlusse an Deutschland zu zwingen, wird man doch nicht anrathen wollen. Soll aber das außerösterreichische Deutschland auf seine Neugestaltung verzichten, weil die österreichische Regierung dabei nicht mitwirken will? Ist erst das übrige Deutschland entsprechend konstituiert, werden die deutschen Bewohner Oesterreichs unaufhaltsam uns zustreben, und wir werden sie mit offenen Armen aufnehmen. Dann können die Deutsch-Oesterreicher selbst mit Zuversicht den nöthigen Druck auf ihre Regierung ausüben, weil das wiedergeborene Deutschland eine Macht ist, die ihnen eine Anlehnung ermöglicht. Allerdings wünschen wir Preußen an der Spitze Deutschlands zu sehen, denn wir kennen keinen Staat, der dazu besser, oder nur gleich gut geeignet wäre. Wer von unseren Gegnern wüßte einen tauglicheren Vorschlag zu machen? Das bloße Rufen nach deutscher Einheit und das gleichzeitige Verdrängen aller Mittel, die dazu führen können, ist weiter nichts als erbärmlicher Heuchelei.“

Hannover, 6. Sept. [Die Wahlen in der Hauptstadt; Aeußerung des Königs an eine Emdener Deputation u.] Die „Neue Hann. Z.“ erkennt vollständig an, daß die liberale oder selbst die demokratische Partei bei den hauptstädtischen Wahlen einen entschiedenen Sieg davongetragen habe; nur will sie den Ausgang nicht im Interesse der Regierung, sondern lediglich im eigenen Interesse der Residenzstadt bedauern; denn diese Wahlen seien in Folge der Vergrößerung der Hauptstadt geschehen, welche auch in politischer Beziehung nicht unbedenkliche Maaßregeln nur dem festen auf die Hebung des Glors der Residenz gerichteten Willen des Königs zu danken sei. Man dürfe sich also nicht wundern, wenn das Verhalten bei den Wahlen an betreffender Stelle verlege und auf Erfahrungen wie diese die vollste Ungnade folge, da nicht allein die entschiedensten Gegner der Regierung, sondern auch solche Männer gewählt worden, welche „bei der Agitation für Unterordnung unseres Regentenhauses unter preussische Hegemonie vorzugsweise mit thätig sich gezeigt haben“. Diese Agitation hat auch der Monarch in den letzten Tagen persönlich berührt. Es war eine Deputation des Magistrats zu Emden an Se. Majestät nach Norderney gesandt (an welcher theilzunehmen das dortige Bürger-vorsteherkolleg abgelehnt hatte). Der König nahm den Dank des Magistrats für die der Stadt erwiesene Huld und Gnade gnädig entgegen, aber, fügte er hinzu: „Ich muß auch erwarten, daß die Bürger und Bürgervorsteher mir in meinen Bestrebungen entgegenkommen, nicht aber mir und meiner Regierung, wie noch jüngst durch Beitritt zu der durch einige meiner Unterthanen abgegebenen bekannten Erklärung und die darin liegende Richtung geschehen, entgegenzutreten. Geschieht dies fernerhin, so werde ich (wie schmerzlich es mir auch sein wird) nicht mehr an das Ausblühen der Stadt Emden durch thunlichste Hebung ihrer mercantilen und sonstigen Interessen denken können, wie ich es bisher durch Anlegung der Eisenbahn und aller zum Aufschwunge des Handels damit verbundenen Einrichtungen gethan, namentlich werde ich nicht mein Augenmerk auf die so notwendige Verbesserung der Schleiße und Verlegung des Fahrwassers lenken können, um, wenn die Zeit dazu gekommen sein wird, dies thunlichst zu fördern.“ So lauteten die Worte Sr. Majestät dem Bericht zufolge, welchen die Deputation dem Magistrat zu Emden über ihren Erfolg abstattete. — Die „Zeitung für Norddeutschland“ meldet an ferneren Beitrittserklärungen zu dem Erlaß vom 19. Juli: 30 aus der Stadt Celle und 17 aus dem Amte Osten. Sie zählt jetzt im Ganzen etwa 700. (Pr. Z.)

— [Zur deutschen Reformbewegung.] Von welcher Gesinnung für Preußen das hannoversche Regierungsblatt befehlt ist, mag man aus Folgendem ersehen: Nachdem die „N. Hann. Z.“ nachstehende Aeußerung des „Hamb. Corr.“: „Ein großer Gewinn bleibt uns, das erhöhte Gefühl, daß wir eine, daß wir eine starke Nation sind und es in unserer Hand steht, nach Außen eine starke Macht an die Spitze des Vaterlandes zu stellen, daß diese Macht nur Preußen sein kann und wir mit Preußen siegreich stehen oder ehrenvoll fallen“, zitiert hat, fügt sie derselben folgende Bemerkung hinzu: „Wer das Gedächtniß für die Vorgänge der letzten fünf Monate nicht verloren hat, muß in der That zweifelhaft werden, ob diese Sage nicht die bitterste Ironie sein sollen; denn es gehört doch etwas zu dreiste Unverschämtheit dazu, solche Unwahrheiten in jeder Zeile mit Ernst dem Publikum aufstischen zu wollen.“

Hamburg, 5. Sept. [Neue Synagoge.] Vor einigen Tagen wurde die neuerbaute Synagoge der altjüdischen Gemeinde, an deren Spitze der Oberrabbiner Stern steht, dem Eintritt des Publikums eröffnet. Dieser Tempel, von dem hiesigen Architekten Rosengarten erbaut, ist eine Zierde der Stadt und macht schon von außen einen sehr gefälligen Eindruck. Bei der Erbauung hat man sich durchgängig an den maurisch-byzantinischen Stil gehalten. Die hohen, lichten Wölbungen endigen in einer weiten Kuppel. Das Innere des geräumigen Gebäudes, das gewiß 1200 Personen bequem fassen kann, ist geschmackvoll decorirt, wird durch Fenster aus buntem Glas erhellt und durch Gas erleuchtet. Den meisten Glanz hat man auf Ausschmückung des Allerheiligsten verwandt, das ein reicher Vorhang verhüllt. Die Einweihung der Synagoge wird in etwa drei Wochen stattfinden.

Hessen. Mainz, 6. September. [Zur Pulverexplosion.] Nach dem jetzt veröffentlichten „Nechenschafts-Berichte des Hülf-Komite's für die durch die Pulver-Explosion am 18. November 1857 Verunglückten in Mainz“ sind daselbst eingegangen: Von souveränen Häusern 85,087 fl. 16 Kr., von der Bundesbehörde zu Frankfurt a. M. 160,000 fl., aus Oesterreich 306,109 fl. 11 Kr., aus Preußen 92,873 fl. 51 Kr., aus den übrigen deutschen Staaten 131,424 fl. 19 Kr., aus fremden Staaten 18,625 fl. 56 Kr., von Aktien-Gesellschaften 9750 fl., für Zinsen u. 5293 fl. 17 Kr., im Ganzen 809,163 fl. 51 Kr. Davon sind verausgabt 807,437 fl. 15 Kr. und noch in Kasse 1726 fl. 36 Kr.

— [Für die Hegemonie Preußens.] Auch von hier spricht sich im „Frankf. Journal“ bezüglich der Bundesreform und einer zu schaffenden Centralstaatsgewalt eine Stimme zu Gunsten Preußens aus. „Nur Preußen“, heißt es wörtlich, „könnte die Exekutive nach jeder Seite hin, so wie die Vertretung dem Auslande gegenüber zugestanden werden. Denn nur es mit seiner unbescholtenen Regierung ist im Stande, diese Arbeit zu vollbringen, dies Opfer dem Vaterlande rein und würdig zu reichen. Nicht, daß Oesterreich keinen Wunsch hiernach hegte, aber es fehlt ihm an gutem Willen zur aufrichtigen Durchführung, und vielleicht auch an Kraft, wenn der völlerische Charakter seines Staatslebens ihm abermals drohende Verwicklungen und Verluste bereiten sollte, wie wir es vor Kurzem an seinen italienischen Provinzen erlebt haben. Mit seinem deutschen Besitz aber soll es als bedeutende Macht eintreten und uns willkommen sein, wenn es ein offenes Auge und ehrlichen Sinn für die wahren Bedürfnisse der Nation mitbringt. Dann wollen wir im wohlverstandenen Interesse unsers europäischen Westens gern ein Defensivbündniß für seinen jetzigen Länderbesitz, der uns Deutschen ein Hort nach Osten ist, abschließen. Zu diesem gemeinsamen Werke der friedlichen und geregelten Aufbaueiner nationalen Staatsgewalt wollen auch alle Männer Hessens, denen ihr Vaterland lieb ist, sich in öffentlichen Adressen zusammenthun, unbeirrt um die böswilligen Verleumdungen der Vaterlandsfeinde aller Farben. Sie wollen zeigen, daß sie nicht weniger Muth, wie Ordnungs- und Freiheitsinn haben.“

Holstein. Kiel, 2. Sept. [Russisches Geschwader.] Von den seit mehreren Tagen vor unserer Küste kreuzenden russischen Kriegsschiffen lief heute die Korvette „Voll“ ein, zwei andere Schiffe, das Linienschiff „Gangoud“ und die Fregatte „Hya Muro-meh“, sind in Sicht und werden noch heute eintreffen. Die Schiffe sind auf der Fahrt von Kronstadt nach dem Mittelmeer begriffen und werden hier, wie gewöhnlich, Kohlen einnehmen. (N. N.)

Rendsburg, 4. Sept. [Proben dänischer Artroganz.] Die vor einiger Zeit aus einem holsteinischen Blatte in verschiedene Zeitungen übergegangene Nachricht, das Singen und Spielen des dänischen Nationalliedes „der tapere Landsoldat“ sei in Holstein verboten, bestätigt sich nicht; im Gegentheil wird der „Tappere“ jetzt wieder häufiger wie früher, namentlich bei der Wachtparade in Rendsburg, gespielt. Wir würden darauf kein Gewicht legen, gestattete man unserm Schleswig-Holstein-meerumschlungen Gleichberechtigung. Ansicht und Ueberzeugung vom Recht sind auf zwei einander entgegengesetzten Seiten natürlich verschieden; das Kundgeben derselben auf Grund ihrer Verschiedenheit verbieten zu wollen, kann jedoch das Recht nicht billigen. Wollen die Dänen unter uns ihren „tappere Landsoldaten“ singen, so müssen sie es auch dulden, daß wir mit dem „Schleswig-Holstein“ antworten, und zwar um so mehr, da dies Lied in Holstein durchaus nicht verboten ist. Es scheint jedoch, daß man auch diese Gleichberechtigung uns nicht zugestehen will, denn gegenwärtig ist auf Befehl des Ministeriums in Rendsburg eine Untersuchung im Gange, gegen mehrere Personen, welche sich mit anderen schuldig gemacht haben sollen, bei einem öffentlichen Essen an dem Abfingen des Liedes „Schleswig-Holstein“ Theil genommen zu haben. Der Ausfall der Untersuchung gegen die angeklagten Civilisten wird die Dänen schwerlich befriedigen, und zwar um so weniger, da sie die Sache für so wichtig halten, daß schon die bloße Theilnahme an jenem Essen das Motiv abgeben konnte für Verurtheilung eines Militärarztes (eines gebornen Holsteiners) zu sechsstägigem Hausarrest. Sogar der humane Kommandant von Rendsburg, der Generalmajor v. Baggesen (Sohn des bekannten Dichters) ist in Ungnade gefallen, weil er gegen das Offiziercorps den Wunsch ausgesprochen haben soll, daß zur Feier der Schlacht bei Idstedt der „tapere Landsoldat“ nicht gespielt werden möge. Wie dänische Blätter berichten, soll, an die Stelle des Herrn v. Baggesen der Generalmajor v. Grabbe, Kommandant von Rendsburg, und Ersterer nach der kleinen Feste Nyborg (also ins Exil) versetzt werden. Rendsburgs Bürger werden den geachteten Mann gewiß ungern scheiden sehen. (Schw. M.)

Mecklenburg. Schwerin, 6. Sept. [Rundreise des Großherzogs.] Der Großherzog hat in der Zeit schwerer Bedrängniß, die über Mecklenburg gekommen, den Behörden, denen jetzt schwere Pflichten obliegen, ein schönes Beispiel fürthloser Pflichterfüllung gegeben. In Begleitung des Generalarztes Dr. Frese und des Flügeladjutanten Hauptmann v. Fersberg begab sich der Großherzog vorsehern von dem Heiligen Damme über Döberan, Rostock, Bülow und Güstrow nach der von der Cholera am schwersten heimgesuchten Stadt Goldberg. Auf der Fahrt von Bülow nach Güstrow hatte der Bürgermeister Langfeld aus Güstrow die Ehre, über die Maaßregeln zur Steuerung der fortwährenden Krankheitsnoth in Güstrow Vortrag zu halten. In Goldberg ließ sich Se. Königl. Hoheit von dem Bürgermeister Born, in dessen Hause er abgestiegen war, und dem landesherrlichen Kommissarius

Sanitätsrath Dr. Wendt aus Genauere über den jetzigen Stand der Krankheit und die Anstalten, welche zur Heilung der Kranken, zur Bestattung der Gestorbenen und zur Ernährung der Gefunden getroffen sind, Bericht erstatten und begab sich sodann über Eibitz und Neustadt nach Ludwigsburg. Von da wird der Großherzog am 7. d. in Schwerin eintrifft.

Sächs. Herzogth. Meiningen, 6. Sept. [Wölfe.] Neulich wurde über einen Wolf berichtet, der in der Nähe von Helburg erlegt worden war. Sept hört man fast täglich von Anfällen auf Schafheerden, namentlich im Koburgischen; doch auch ganz in unserer Nähe ist wieder ein solches Raubthier von einem Förster gesehen worden.

Schleswig. 4. Sept. [Dänisches Lehrbuch.] Auf Ansuchen des derzeitigen Direktors der Schleswiger Domschule (des Gymnasiums) ist daselbst von den mittleren Klassen an das Lehrbuch der dänischen Geschichte von Allen eingeführt worden, natürlich das in dänischer Sprache geschriebene, nicht die ohnehin sehr mittelmäßige deutsche Uebersetzung. Allen ist bekanntlich derjenige Geschichtsforscher, der die Berechtigung des Eiderdänismus historisch zu begründen versucht und hierin, bei unverfehlbarer gründlicher, aber nicht vorurtheilsfreier Erforschung der einschlagenden geschichtlichen Quellen, allerdings das Mögliche geleistet hat. Seine historischen Arbeiten sind für die wissenschaftliche Behandlung der Geschichte Dänemarks Epoche machend. (N. P. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 5. Septbr. [Die Lage in Mittelitalien.] Ueber die Antwort, welche der König Victor Emanuel den toscanischen Abgeordneten erteilt hat, bemerkt heute die „Times“: Das toscanische Gebiet ist dem Könige Victor Emanuel förmlich angeboten worden. Die Bewohner des Landes kommen zu ihm als Gleiche und bitten, daß man ihnen gestatten möge, seine Unterthanen zu sein. Die Geschichte bietet kaum ein zweites Bild eines solchen Zusammenstehens freiwilliger Loyalität, wie es jetzt in Mittelitalien zeigt. Während Victor Emanuel erklärt, daß die vollständige Verwirklichung der ersehnten Union nur mit Sanction der anderen europäischen Mächte erzielt werden könne, antwortet er zugleich, er werde ihrem Wunsche zu entsprechen suchen im Vertrauen auf die Rechte, die ihr Votum ihm verleihe. Die Antwort ist unbestimmt, wie sie das wohl nicht anders sein konnte, und wird wohl ungefähr bedeuten, daß Victor Emanuel sich vor Europa als Vertreter des toscanischen Volkes hinstellt. Er übernimmt die Pflichten der Souveränität ohne den Titel, Staat und Vollmacht. Er macht sich nicht verbindlich, den künftigen Titel anzunehmen, und eben so wenig proklamirt er Toscana als eine Provinz des Königreichs Sardinien. Er willigt einfach darein, sich dem Amte zu unterziehen, diese Leute zu vertreten, welche ohne Vertreter unter den souveränen Mächten Europas sind, und behält sich seinen Entschluß über die Annahme des ihm gemachten Anerbietens vor. Victor Emanuel, der in Gemeinschaft mit seinem mächtigen Bundesgenossen Italien zur Freiheit aufgerufen hatte, konnte ehrenhafter Weise nicht umhin, die von ihm selbst angestachelten Revolutionen anzuerkennen; eben so wenig aber konnte er sich nebst seinem Volke mit Sicherheit auf einen bewaffneten Kreuzzug für die italienische Einheit einlassen. Der Vertrag von Villafranca ist für Italien eben so wohl der Katalog seiner Verbindlichkeiten, wie die Charte seiner Freiheiten. Italien ist frei durch die von den französischen Waffen erfochtenen Siege; aber seine Freiheit wird durch die Bedingungen modifizirt, welche der Befreier dem alten Unterdrückten Italiens gewährt hat. Diese Bedingungen haben, mögen sie nun aus Unachtsamkeit oder Uebereilung, oder aus Mitleid mit einem geschlagenen Feinde, oder aus Achtung vor einem Feinde, der, obgleich geschlagen, doch nicht vernichtet war, bewilligt worden sein, noch immer ihre volle diplomatische Gültigkeit. Sie bilden einen Theil der Uebereinkunft, kraft deren Sardinien jetzt die Lombardei besitzt. Durch jenen Vertrag erhält Oesterreich einen Anspruch darauf, sich in die mittelitalienischen Angelegenheiten einzumischen, welchen es vor Beginn des italienischen Befreiungskrieges nie besessen hatte. Hätte Victor Emanuel Angesichts der Bedingungen dieses Vertrages Toscana Piemont einverleibt, so wäre zu befürchten gewesen, daß Oesterreich darin einen Casus belli gegen Sardinien erblickt hätte. Daß es irgend einen anständigen Vorwand zum Kriege begierig ergriffen haben würde, läßt sich kaum bezweifeln. Oesterreich macht gar kein Hehl aus seinem ganz besonderen Groll und Hass gegen Sardinien. Dieses Uebelwollen hat sich beinahe zur Leidenschaft gesteigert und äußert sich in kleinlichen Kundgebungen, welche einer Macht ersten Ranges kaum würdig sind. Napoleon III. ist verpflichtet, die Bestimmungen des Vertrages wenigstens scheinbar getreu zu beobachten. Möchte er bloß den ehrlichen Wunsch hegen, die Herzoge wieder einzusetzen, oder möchte er einen Thron für seinen Vetter suchen, in beiden Fällen ist es gleich klar, daß der Gang, den die Dinge in Toscana genommen haben, nicht der Weg ist, den Napoleon als den seinigen verkündigt hatte. Wenn daher Sardinien die Herzogthümer genommen hätte, so hätte Frankreich den besten Entschuldigungsgrund gehabt, wenn es, falls es ihm so beliebt, ruhig zusehen und Sardinien den Kampf mit Oesterreich allein hätte ausfechten lassen. Wir wissen, wie der Ausgang gewesen sein würde, und wir fühlen, daß man weise daran gethan hat, einer solchen Gefahr aus dem Wege zu gehen. Wäre Sardinien überzeugt, daß es unter allen Umständen auf die Erklärung des Kaisers, die Tage der österreichischen Intervention seien vorüber, rechnen könne, so hätte es das Anerbieten annehmen können. Ohne diese feste Ueberzeugung würde es Alles, was es gewonnen hat, und zugleich das ganze Geschick Italiens aufs Spiel setzen. Nicht entschieden abzulehnen und nicht unbedingt anzunehmen, das ist es, wozu schon Interesse und Zweckmäßigkeit zugleich riefen. Daß die Bildung einer starken mittelitalienischen Macht unter Sardinien eine gute Lösung der gegenwärtigen Verwicklung und ein guter Ersatz für die österreichische Fremdherrschaft in Italien sein würde, ist jetzt die feste Ueberzeugung aller unparteiischen Männer in Europa. Die öffentliche Meinung der Nationen spricht sich dafür aus, und es wird auch aller Wahrscheinlichkeit nach die schließliche Folge aller jetzigen Manöver sein; aber je fester und gemäßigter wir diesem Ziele entgegenstreben und je weniger wir bei Verfolgung unseres Zweckes Oesterreich demüthigen und erbittern, um so sicherer wird unser Fortschritt und um so dauernder unser Erfolg sein. — Die „Morning Post“ meint, Piemont müsse mit den Herzogthümern stehen und fallen.

— [Tagesnotizen.] Die Abberufung des Sir George Grey von seinem Posten als Gouverneur der Kap-Kolonie, welche dort sehr bedauert wird, ist noch unter dem Ministerium Derby erfolgt. — Die Freunde des D. Smethurst bemühen sich, seine vollständige Begnadigung auf Grund der mangelnden Beweise seiner Schuld zu erwirken. — Der „Times“ zufolge geht das Gerücht, daß eine neue piemontesische Anleihe von 5 Millionen Pfd. in London werde abgeschlossen werden. — Ein von Sir William Armstrongs neuen Geschützen, ein Achtzigpfünder, das in der neuen Werkstätte zu Elswick gegossen wurde, ist vor einigen Tagen im Beisein vieler Offiziere probirt worden, und die Resultate fielen über alle Erwartung günstig aus. Die Schußweite betrug 27,000 Fuß, d. i. bedeutend mehr als eine deutsche Meile. — Es liegt heute ein genauer Ausweis über die Leistungen der königlichen Auswanderungskommission vor, die für die zweckmäßige Beförderung von britischen Auswanderern nach den australischen und afrikanischen Kolonien zu sorgen hat. Es waren durch sie im Laufe des vorigen Jahres 48 Auswanderungsschiffe gemiethet worden, darunter 14 nach Neu-Süd-Wales, 10 nach Süd-Australien, 1 nach West-Australien und 5 nach dem Kap. Nach Victoria emigrierten 5504, nach Neu-Süd-Wales 6496, nach Süd-Australien 3712, nach West-Australien 198, nach Tasmanien 14, nach dem Kap 2034 und nach Natal 201 Personen. Im Ganzen 18,159 Auswanderer, darunter 15,941 Erwachsene (von diesen wieder 2270 verheirathete Männer, 2272 verheirathete Frauen, 3955 ledige Männer, 5745 ledige Frauen, 1701 Knaben zwischen 1 und 12 J., 1696 Mädchen desselben Alters); 9124 aus England, 6025 aus Irland und 3010 aus Schottland.

— [Schiffbruch.] Nach einer telegraphischen Depesche der „Times“ aus Malta vom 29. August war die Nachricht aus Alexandria eingegangen, daß das Postdampfschiff „Northam“ mit der australischen Post im Rothen Meere in der Nähe von Djeddah verunglückt sei. Post und Passagiere gerettet. Der von Suez expedirte „Benares“ war nach den letzten Berichten noch nicht zurückgekehrt.

London, 7. Sept. Der Herzog von Chartres ist nach Turin zurückgekehrt.

Frankreich.

Paris, 5. Sept. [Tagesbericht.] Das „Pays“ bringt die Nachricht, daß der König der Belgier dem Kaiser der Franzosen in Biarritz einen Besuch abtathen werde. — Herr Moquegard, Kabinetts-Chef des Kaisers, ist heute nach Biarritz abgereist. — Der Kaiser und die Kaiserin werden, wie man jetzt berichtet, bis zum 20. in Biarritz verweilen und der Kaiser am 25. nach dem Lager von Chalons abreisen. Die Kaiserin wird ebenfalls dort erwartet. Im Zelte des Kaisers werden bereits Anstalten zum Empfang der Kaiserin getroffen, die den Wandern unter dem direkten Oberbefehl des Kaisers anwohnen wird. — Der zum Oberkommandanten der Land- und Seetruppen von Algier ernannte General Martimprey ist in Algier angekommen. — Der Kontradmiral Dupuy, der von seinem Auszuge nach St. Sauveur wieder zurück, ist nach Cherbourg abgereist. — Der Fürst der Moldau, eines christlichen Stammes in Albanien, ist in Paris angekommen. — Heute Morgen erst ist Fürst Metternich von seiner Reise nach St. Sauveur wieder in Paris eingetroffen. Derselbe wird als Oesterreichs Bevollmächtigter der Konferenz zur definitiven Austragung der Donaufürstenthümerfrage beiwohnen. Diese Konferenz wird morgen Nachmittag um 2 Uhr hier in Paris eröffnet, (s. Tel. in unser gest. Btg.), und man hofft, daß man mit einer Sitzung die Sache abmachen werde. Ob Fürst Metternich alsdann die Reise nach Wien antritt, von der wiederholt die Rede war, ist wieder sehr fraglich. Der Kaiser Napoleon wird zum 12. auf einige Tage hier erwartet. — Der französische Hydrograph Vloir ist mit Sondirungen im Mitteländischen Meere Befehlsschiff eines Telegraphenbootes von Frankreich nach Algerien beauftragt. — In der Regierungsschule in Algier hat man einen Versuch mit einem sehr kostbaren Baum gemacht, der vollkommen geglättet ist. Es ist der Goringamadou oder der Wachsbau aus Cayenne, der Wachs liefert, das dem von den Bienen gewonnenen ganz gleich und im Gebrauch eben so vorthellhaft wie dieses ist. Der Anbau dieses Baumes ist leicht und durchaus nicht kostspielig. Man versichert, jeder ausgewachsene Baumschößling gebe 20—25 Kilogramm Wachs. Man will aus dem Gebiete der Regierung eine ganze Hektare Land mit solchen Bäumen bepflanzen.

— [Geschäftsnotizen.] Die zentralitalienische Angelegenheit. Die Nachrichten aus den Fabriksdepartements klagen übereinstimmend über die Nachwirkungen des Krieges. Obgleich die Magazine, wie man sich in Paris überzeugen kann, durchaus nicht überfüllt sind, so fehlt doch jeder Beweggrund zu neuen Bestellungen. Die letzte Jahreszeit ist so ziemlich abgelaufen, und immer noch regt es sich nicht. Auch das Ausland bleibt mit seinen Bestellungen zurück. England befindet sich gleichfalls in einer Geschäftsruhe und scheint mit den Vorauszahlungen, für welche es sonst den frequentesten Markt darbietet, noch versorgt zu sein. Aus Amerika sind Aufträge genügend vorhanden, die Fabrikanten beobachten aber in Folge der seit 1857 gemachten Erfahrungen den dortigen Importeurs gegenüber eine ängstliche Zurückhaltung; Italien ist entkräftet, es blickt mit Bangen in die Zukunft und hat für dringendere Bedürfnisse zu sorgen, als für die, welche durch die Luxusindustrie befriedigt werden, und selbst die pyrenäische Halbinsel, die sonst die Herbstsaison mit großen Bestellungen in Paris und Lyon eingeleitet pflegte, besinnt sich und läßt auf ihre Aufträge warten. Die Stimmung unter Kaufleuten und Fabrikanten ist sehr groß, und ihre Rückwirkung auf die Arbeiter droht ernstliche Folgen herbeizuführen. — Die Antwort, welche der König von Sardinien der Florentiner Deputation erteilt hat, scheint den Rathschlägen, die ihm der Kaiser gegeben, ganz entgegen zu stehen. Die gouvernementale Presse rühmt die Weisheit jener Antwort und ratifizirt sie in allen Punkten. Es scheint damit bewiesen, daß die Schwere, in welcher die Angelegenheit Zentralitaliens hierdurch erhalten wird, den Wünschen des Kaisers überall entspricht. Man deutet an, daß an die Nichtannahme der Unterwerfung Oesterreichs keine Zustimmung zum Kongreß geknüpft habe. Oesterreich wolle sich dem Zusammenritt eines Kongresses nicht länger widersetzen, sofern es Sardinien und der revolutionären Partei in den Herzogthümern nicht gestattet werde, über das Schicksal dieser Länder und ihrer legitimen Dynastien eigenmächtig zu verfügen. Der Kaiser soll Oesterreichs Abhänigkeit zum Kongreß angenommen und diese Vorbedingung eingebracht haben. Nach Turin wäre im Zusammenhang hiermit der Rath abgegangen, das Anerbieten der Annexion wieder anzunehmen noch abzulehnen, sondern sich dem Schiedssprüche der Mächte zu unterwerfen. Der Kaiser hat damit erreicht, daß Oesterreich auch von dieser Seite her für den Kongreß engagirt ist. Wenn wollte es auf seinem Widerstand beharren, so träte die Annexion, die Victor Emanuel nicht positiv zurückgewiesen hat, als tatsächliche Entscheidung ein. Ueber Poniatowski's Sendung lagen die Diplomaten, er sei gewählt worden, um nicht zu reüssiren. Für eine Mission, welche den Zweck hat zu mißlingen, giebt es kein geschickteres Werkzeug. Der polnische Diplomat hat die Aufgabe seiner Sendung gelöst und wird in den nächsten Tagen zurückkehren, um in St. Sauveur den Dank seines kaiserlichen Gönners entgegenzunehmen. (R. P. Z.)

— [Für Pressefreiheit.] Der „Ami de la Religion“, ein katholisches Blatt, tritt sehr energig für größere Pressefreiheit auf. Er meint, selbst die Regierung müsse des ewigen Hosianna's ihrer geordneten Organe endlich satt sein. Die Freiheit des Denkens und Redens sei eine Konsequenz der Prinzipien von 1789, welche man in Frankreich beständig im Munde führe, und besonders könne jenes Recht nicht von einer Regierung bestritten werden, die aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen sei. In diesem Augenblicke herrsche die reine Willkür trotz Allem, was hohe Persönlichkeiten in ihren Reden vorbringen; es sei durchaus erforderlich, daß man klare und bestimmte Gesetze erlasse.

— [Protest Edgar Quinet's.] Dem Protest gegen die Amnestie hat sich auch Edgar Quinet angeschlossen. Er schreibt: „Ich bin weder ein Angeklagter, noch ein Verurtheilter. Ich bin ein Geächteter. Man amnestirt nicht das Recht und die Gerechtigkeit. Ich gestehe Niemanden das Recht zu, mich zu verbannen und mich wieder heimzuerufen, mit dem Vorbehalt, mich wieder zu verbannen. Ich kann mich nicht zu einem Spiele hingeben, welches die menschliche Natur erniedrigt“ u. s. w. Die hiesigen Blätter geben

diese Proteste wieder, und der „Konstitutionnel“ macht dazu Randbemerkungen im Sinne der Regierung.

Niederlande.

Haag, 5. Septbr. [Adresse des britischen Antislavenvereins.] Der in Großbritannien bestehende Antislavenverein hat an den König Wilhelm III. eine Adresse eingereicht, in welcher der Aufschub, den die Sklavenemanzipation in niederländisch Westindien erhalten hat, beklagt wird. Die Adressanten glauben sodann aussprechen zu müssen, daß die gegen den Gesetzentwurf in den niederländischen Kammern erhobenen hauptsächlichsten Bedenken unbegründet erschienen. Der emanzipirte Sklave Westindiens sei nicht arbeitslos, wie es die Erfahrung im britischen Guyana genugsam gelehrt habe; ebenso entspreche der vom niederländischen Gouvernement für die zu emanzipirenden Sklaven festgestellte Verkaufspreis dem Werthe des Sklaven und dem Billigkeitsgefühl vollkommen, und was endlich die Entschädigung der in Surinam etablirten Sklavenhalter englischer Nationalität anbelange, so habe man die Versicherung des Lord Derby, daß das großbritannische Gouvernement für die betreffenden englischen Ansässigen im niederländischen Guyana kein anderes Äquivalent verlange, als dasjenige, welches die dort etablirten holländischen Staatsbürger in gleichem Falle theilhaftig würden. (Pr. Z.)

Belgien.

Brüssel, 5. Septbr. [Die Festungsdebatte im Senate.] nimmt eine erfreuliche Wendung, als man nach dem eingeleiteten Parteizeuge einer großen Anzahl der belgischen Lords hätte erwarten dürfen. Mehrere der äußersten Rechten angehörige Senatoren haben in der heutigen Sitzung offen und ehrlich für das Gesetz sich ausgesprochen, weil, wie u. A. Herr De Bloc bemerkte, Angesichts einer solchen Frage alle Parteirücksichten dem Nationalinteresse das Feld räumen müssen. (R. Z.)

Schweiz.

Bern, 3. Sept. [Kossuth in Interlaken.] In Interlaken weilte gegenwärtig Kossuth mit Gemahlin und zwei Söhnen, nachdem er sich einige Tage in Thun aufgehalten. Eine Korrespondenz des „Oberl. Anz.“ macht von ihm folgende Schilderung: Kossuth ist ein älterer Mann mit gebleichtem Barte, welcher beweist, daß manche Sorge und Stürme über den berühmten Agitator hinweggegangen sind. Er ist von mittlerer Größe und hat ein Aeußeres, das gefällt, aber nicht imponirt; er hat einen geistreichen Blick, aber nicht die Demagogophysionomie, mit welcher er auf mehreren Abbildungen dargestellt ist. Dem äußern Ansehen nach würde man in ihm jenen berühmten Revolutionsmann gar nicht erkennen, welcher durch seine Thätigkeit und ausgezeichnete Beredsamkeit das Nationalgefühl der Ungarn so aufzustacheln wußte, daß sie mit dem Hause Habsburg den Kampf auf Leben und Tod führten, welcher dasselbe in seinen Grundfesten erschütterte und seiner Herrschaft über Ungarn beinahe ein Ende gemacht hätte. Die Leute und selbst hohe Personen betrachten Kossuth mit einiger Neugierde; auch die Russen begucken denselben stark, denn er erscheint ihnen darum merkwürdig, weil ihr Kaiser seiner Zeit mehrere 100,000 Mann in Ungarn einrücken lassen mußte, um Kossuth und seine Parteigenossen zu überwinden.

Spanien.

Madrid, 31. August. [Die Expedition gegen die Rifianer.] Die „Gaceta Militar“ meldet, daß die Expedition gegen die Rifianer 20—30,000 Mann stark werden soll. Die Regimenter Catalonien und Zalavera, welche in der Führung der Miniebüchsen sehr geübt sind, so wie das Regiment Bourbon werden den Feldzug mitmachen. Die Expedition geht in Malaga in See. Der General Marquis del Duero wird den Oberbefehl erhalten, und unter ihm werden die Generale Prim, Novalsche und Echague kommandiren. Auch wird in den Gewässern von Tanger ein spanisches Geschwader erscheinen, das aus einem Linienkrisse, zwei Fregatten, einer Korvette, dem Dampfer „Zabella II.“ von 560 Pferdekraft, dem Dampfer „Runez de Balboa“ von 350 Pferdekraft und anderen kleineren Dampfern bestehen soll. Auch die „Epansa“ und die „Epoca“ bringen diese Angaben. Der Feldzug nach Marokko ist in Spanien längst populär; doch besorgt man, die englische Regierung werde scheinbar darin blicken. So, wie bisher die Sachen gingen, können sie jedoch nicht mehr gehen; Spaniens Ehre ist dabei in hohem Grade betheilig.

— [Ein großer Kanal.] Die Bai von Biscaya und das Mittelmeer sollen verbunden und 1200 Meilen Seeweg vermittels eines großen Kanals durch das Innere von Spanien erspart werden! Das Projekt hat die Genehmigung der Regierung von Spanien erhalten, und die Königin hat dem Erfinder des Projekts, Charles Boyd von Barnes in Surrey, zwei Jahre bewilligt für die nöthigen Vorbereitungen zu dessen Ausführung. Dieses gigantische Werk, welches die Schiffschiffahrt nach und von dem Mitteländischen Meere und den Häfen des nördlichen Europa's, um mehr als 1000 Meilen abkürzen würde, soll 285 Meilen lang, 340 Fuß breit und 30 Fuß tief sein, so daß Schiffe von den größten Dimensionen dasselbe benutzen könnten. Es soll bei Bilbao an der Küste von Biscaya beginnen, durch die Cantabrischen Gebirge und das Thal des Ebro an Estella und Saragossa vorbeigehen und in der Bai von Alcaques in Katalonien in das Mittelmeer ausmünden.

Rußland und Polen.

Petersburg, 28. August. [Was in Betreff der Kapitalien in den Kreditbanken.] Die „Senats-Zeitung“ publizirt einen Ukas vom 28. Juli d. Z., wonach alle Kapitalien, welche sich thatsächlich in den verschiedenen Kreditanstalten befinden, und dort von öffentlichen Verwaltungsbehörden, Wohlthätigkeitsinstituten, Kirchen und Stiftungen jeder Art deponirt worden sind, desgleichen alle Kapitalien, welche progressivenden Parteien gehören und entweder freiwillig oder auf richterlichen Befehl bei jenen Anstalten deponirt worden sind, oder in Zukunft eingezahlt werden könnten, von jetzt ab zur Verfügung des Finanzministers gestellt sind. Alle diese Kapitalien sind in vier Kategorien getheilt. Diejenigen Kapitalien, deren Zinsen eine feste Bestimmung haben und ausschließlich zur Unterhaltung eines Erziehungs-, Wohlthätigkeits- oder anderen Instituts dienen, sollen in Staatsanleihe-Obligationen mit 4 Prozent Zinsen konvertirt werden. Diejenigen, welche wie die Depositen der Privatpersonen mit 3 Prozent verzinst werden, bilden die zweite Kategorie. Die Kapitalien der dritten Kategorie werden mit 1½ Prozent, die der vierten gar nicht verzinst.

Petersburg, 31. August. [Die Kongreßfrage.] Der seit einiger Zeit am Schluß der politischen Zeitartikel des „Invaliden“ sich wiederholende Refrain: es müsse ein Kongreß zusammengetreten, wird heute durch eine Nachricht kommentirt, die aus guter Quelle herrührt, nämlich: Rußland, England, Preu-

hen und Sardinien wären darin einverstanden, die italienische Frage im Ganzen nicht, wohl aber die Angelegenheit zwischen Sardinien und Oesterreich allein und ausschließlich in Zürich zur Entscheidung gelangen zu lassen, alles Andre aber auf einem europäischen Kongress zu regulieren. Frankreich sei im Grunde damit einverstanden und Preussens Zustimmung hätte sich wegen der Widerhaarigkeit Oesterreichs in Betreff des Kongresses in Luzern Schweigen gegolten; alle Mächte indes begehren nach einem europäischen Schiedsgericht, vor dessen Forum die Staaten Altentstöße über schwebende, ihre und die allgemeinen Interessen Europas berührende Fragen auf dem Kongress niederlegen werden. Rußland in Betreff der Türkei, Beschwerden über Nichterfüllung der Verabredungen des Hatt-umajum und Verlangen nach Revision des Pariser Vertrages; Oesterreich in Betreff der Fürstenrestauration in Italien, der Konföderation u. s. w.; England desgleichen in Betreff der Befreiung Italiens von österreichischer Herrschaft bis an die Adria, der Grenzfrage; Preußen wegen Reform der Bundesverfassung (?), wegen Schleswig und Holstein u. s. w.

— [Schwitterschäden.] Nach den amtlichen Berichten in der „Livländischen Gouvernementszeitung“ haben während der zweiten Hälfte des Juni in mehreren Kreisen Livlands heftige Gewitter ihre verheerenden Wirkungen geäußert. So wird namentlich in den Tagen vom 16. bis 20. Juni (a. St.) aus dem Wallischen Kreise von 3, aus dem Jellischen Kreise von 7, aus dem Wolmarischen von 1, aus dem Pernauischen von 2, aus dem Wendenischen von 2, aus dem Werroischen von 1 und aus dem Dörptischen von 2 Feuererschäden berichtet, welche durch den Blitz verursacht wurden. Bei dieser Gelegenheit sind überhaupt vier Menschen vom Blitz erschlagen und ein zwölfjähriges Mädchen gelähmt worden. Ebenso berichtet ein Korrespondent der „Nord. Vienne“ aus dem Gouvernement Winö, daß daselbst am 18. Juli in der Stadt Dobruisk eine heftige Feuerbrunst durch einen auf die Kirche herabfallenden Blitzstrahl entstanden sei, welche wegen der Nähe der Pulvermagazine die ganze Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzte. Glücklicherweise wurde durch die ungemessene Thätigkeit der Löschanstalten diesmal die Gefahr besser abgewendet, als im Jahre 1854, wo eine Feuerbrunst 400 Häuser verzehrte, deren Spuren erst seit Kurzem verblieben sind.

Petersburg, 1. Sept. [Truppeninspektion; Eisenbahn; Kanal; Petersburg-Gafen.] Der Kaiser ist zur Inspektion der Truppen in Iwer und Moskau von Jaroslaw-Selo abgereist und wird am 6. Sept. nach dem börschischen Weiler zurückkehren. — Auf der Petersburg-Warschauer Eisenbahn ist die Strecke von Pylow nach Nitow am 23. v. M. zum ersten Male von dem Großfürsten Nikolaus, seiner Gemahlin und seinem Sohne befahren worden. Die Eisenbahngesellschaft hat sich bekanntlich verpflichtet, in diesem Winter die Strecke von Petersburg bis Nitow dem öffentlichen Verkehr zu übergeben. — Die „Senats-Zeitung“ enthält die Verfügungen, betreffend den Bau des neuen Ladoga-Kanals, so wie der Austiefung und Schiffbarmachung der Donarke, welches letztere der Eisenbahngesellschaft Wolga-Don überlassen ist. — Das Finanzministerium hat eine Spezialkommission niedergesetzt, um über den Plan eines Petersburger Handelshafens zu berichten. Von den 200 Millionen Rubeln, welche die jährliche Aus- und Einfuhr Rußlands beträgt, fällt die Hälfte auf die Hauptstadt. 2000 Schiffe legen jährlich in ihrer Nähe an, ohne daß bisher für geeignete Unterlunft gesorgt wäre.

— [Seuchen und Ueberschwemmungen; Saratow-Moskauer Telegraph.] In Sytschikowsk hat sich die sogenannte sibirische Pest unter Menschen und Pferden verbreitet. Auch an anderen Unglücksberichten sind die russischen Zeitungen reich. Aus dem Gouvernement Samara schreibt man von bedeutenden Ueberschwemmungen, welche der hohe Stand der Wasser in der Wolga und ihren Nebenflüssen erzeugt hat; aus Süd-Rußland von Mißwachs in Folge der brennenden Hitze; dagegen lauten die Ernteberichte aus Riga und den Litwenprovinzen überhaupt, wie auch diejenigen aus Kasan vortrefflich. — Aus Saratow bringt die „Nord. Vienne“ die für die Handelswelt erfreuliche Nachricht, daß der Bau der Telegraphenlinie von dort nach Moskau bereits in Angriff genommen worden ist. Bekanntlich wird späterhin auch eine Eisenbahn diese beiden wichtigen Handelsstädte in Verbindung setzen, und ist das beschlossene Projekt kürzlich vom Kaiser bestätigt worden.

Warschau, 5. Sept. [Das neue Gemeindegesetz; die bauerliche Ablosung; landwirthschaftliche Ausstellung.] Das vor Kurzem veröffentlichte neue Gemeindegesetz im Königreich tritt zum Neujahr ins Leben, und der erste Schritt zur Ausführung desselben ist jetzt mit der neuen Einteilung der Gemeinden geschehen. Das Gesetz wird mit allgemeiner Zufriedenheit aufgenommen, da es von dem schönen Gedanken diktiert ist, das Gemeinwesen als einen selbstständigen Organismus sich entwickeln zu lassen, so daß die Verwaltung nicht als eine Regierungsbehörde in der Gemeinde, sondern als Vertreter der letzteren zu betrachten ist. — Die Frage der bauerlichen Ablosung hat ebenfalls einen weiteren Schritt gethan, indem man an die Bildung der Komitees gegangen ist, welche die Verhandlungen zwischen den Grundbesitzern und Zinspflichtigen leiten sollen. — Für die landwirthschaftliche Ausstellung, welche am 19., 20. und 21. d. M. in Lwow stattfinden wird, giebt sich eine außerordentliche Theilnahme im ganzen Lande kund, und das Resultat dürfte diesmal noch bedeutender als im vorigen Jahre ausfallen. (Schl. 3.)

Dänemark.

Kopenhagen, 3. Sept. [Der skandinavische Kirchentag.] Die Nachrichten über die skandinavische Kirchensammlung in Lund lauten ziemlich trostlos. Nicht nur hatte sich der gesammte konservative Theil des Klerus, darunter das Domkapitel oder die theologische Fakultät, zurückgehalten, auch die vornehmsten Männer der Bewegung aus Dänemark, die der schwedischen Freikirchenpartei ihre Unterstützung leihen sollten, sind ausgeblieben. Nach der „Deresundspost“ hätte man Grundtvig und den Bischof Kierkegaard vergebens erwartet. Der Bischof von Lund eröffnete die Versammlung mit einer Predigt in der Domkirche; er soll aber seinem Klerus gegenüber eine schwierige Stellung haben. Die Förderer der Religionsfreiheit unter dem Klerus genießen mit einzelnen Ausnahmen, wozu natürlich der Bischof Thomsen selbst gehört, ein geringes Ansehen. (H. N.)

Türkei.

Konstantinopel, 23. August. [Ueber die Entstehung der letzten Krankheit des Sultans] schreibt man dem „Pesther Lloyd“: Die zurückgelegte Reise, noch mehr aber die Ankunft des französischen Gesandten Thouvenel, haben dem Sultan nicht gut angefallen; Herr Thouvenel wollte dem Sultan noch auf der Insel Chios seine Aufwartung machen, was aber durch Mehemed Ali Pascha auf Wunsch Sr. Majestät vereitelt wurde, und natürlich Herr Thouvenel nicht sehr freundlich stimmte. Als vollends der Herr Gesandte mit seiner Fregatte im Bosporus eintraf und von der türkischen Wacht habenden Schaluppe nicht mit den üblichen Salutschüssen beehrt ward, stieg sein Zorn aufs Höchste, und in seiner ersten Wut beim Großvezier und Fuad Pascha gab er seinen Gefühlen den freien Lauf, daß Ali Pascha sich bezogen fand, dem Sultan bei seiner Rückkehr die Sache zu melden und seine Dimission einzureichen. Se. Majestät hat in Folge dessen sogleich seinen ersten Sekretär Halky Bey zum Herrn v. Thouvenel geschickt, um ihn zu bewillkommen und zu bekräftigen, und ließ ihm auch eine solenne öffentliche Audienz anbieten, die aber Herr Thouvenel nicht annahm, sondern auf einer Privataudienz bestand, die nach längerem Parlamentiren auch bewilligt wurde. In dieser Audienz, bei der nur der erste Dragoman der französischen Gesandtschaft anwesend war, scheint nun Hr. Thouvenel sehr energisch gesprochen zu haben, denn Mehemed Ali Pascha mußte offiziell Herrn v. Thouvenel um Verzeihung bitten, bei welcher Gelegenheit aber das Benehmen des Herrn Gesandten so eiskalt war, daß Mehemed Ali Pascha, dem Landfrieden nicht trauend, sich zum russischen Gesandten, Fürsten Labanoff, begab und diesen inständig bat, daß er Herrn v. Thouvenel mit ihm ausöhne. Es versteht sich von selbst, daß der russische Diplomat sich die Gelegenheit nicht entgehen ließ, um dem anerkannten Protegé Englands und Feind Rußlands einen Liebesdienst zu erweisen. Wenn Lord Medcliff es erfährt, daß unter seinem Nachfolger der Einfluß Englands in der Türkei so sehr gesunken ist, so ist er im Stande, nach Konstantinopel zu eilen, um vom Sultan noch einmal, vielleicht zum vorletzten Male, Abschied zu nehmen. Genug davon, alle diese Unannehmlichkeiten haben Se. Majestät sehr aufgeregt, und um sich zu zerstreuen, fuhr der Sultan nach St. Stefano zum Prinzen Dadian, Direktor der Pulverfabrik, von da aber zum Hussein Bey, Direktor des Detroy, und reichten Mann der Türkei. Hussein Bey bewirthete seinen kaiserlichen Gast auf das Glänzendste und Angenehmste. Aber der Uebergang eben scheint auf das ohnehin schon aufgeregte Gemüth so stark eingewirkt zu haben, daß der Sultan den Tag darauf mit einem starken Fieber zurückkam; einige Tage war der Zustand Sr. Majestät sehr gefährlich, man zweifelte an seinem Aufkommen;

den vorigen Freitag wurden auf den Magen des hohen Kranken Blutegel appliziert und danach trat Besserung ein. Sonntag konnte der Sultan bereits wieder eine kurze Spazierfahrt in die Topphane machen. Von der hohen Pforte aus war es ausdrücklich verboten, über den Zustand des Sultans zu sprechen. (Der Sultan ist bekanntlich bereits wieder hergestellt.)

— [Schulwesen.] Der Sultan hat beschlossen, daß die Mädchen künftig nicht mehr gemeinschaftlich mit den Knaben unterrichtet werden sollen; es werden für beide Geschlechter gesonderte Schulen errichtet werden. Die Erziehung wird sich ferner künftig nicht mehr auf ein bloßes Auswendiglernen von Koranversen beschränken, wie das sonst der Fall war, sondern wird nach einem dem Alter der Schülerinnen angepaßten wohlgeordneten Studienplan geleitet werden, dessen Ausführung sorgfältig überwacht werden soll. Auch will man Sorge tragen, daß die jungen Mädchen zur Anfertigung weiblicher Handarbeiten angeleitet werden. Maßregeln, welche, wenn sie wirklich gewissenhaft ausgeführt werden können, zur Verbesserung der türkischen Zustände wesentlich beitragen dürften.

— [Erdbeben.] Die türkische Insel Imbro, achtzehn Meilen von Tenedos entfernt, ist am 21. August von drei heftigen Erdstößen heimgesucht worden. Vier Dörfer mit 1400 Häusern sind der Erde gleich, ganze Hügel umgestürzt, der Boden an mehreren Stellen gespalten und Meerwasser aus denselben hervorgequollen. Diese Erdstöße sind auch auf den Inseln Samothrake und Tenedos verspürt worden, haben aber dort keinen Schaden angerichtet; dagegen hat die Erderschütterung auf Lemnos viel Unglück herbeigeführt.

Zum italienischen Kriege. Nachträge und Ergebnisse.

Wien, 5. Sept. Die in telegraphischer Analyse bereits erwähnte Note der amtlichen „Wiener Zeitung“ über die Züricher Konferenz (S. Nr. 207) lautet wörtlich, wie folgt: „Auswärtige Blätter (u. A. die „Indépendance Belge“ vom 2. d. M.) verbreiten beunruhigende Gerüchte über die Friedensverhandlungen zu Zürich. Sie wollen sogar von bevorstehender Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gehört haben und in der Präsenzhaltung der französischen Armeekorps in Italien einen gewissen Anhaltspunkt für diese Auffassung erkennen. Die in Zürich zu verhandelnden Punkte sind so bedeutend und umfangreich, daß ihre Lösung nothwendigerweise längere Zeit in Anspruch nimmt, als die — übrigens sehr natürliche — Ueberzeugung des Publikums, das Friedenswerk vollendet und abgeschlossen zu sehen, gönnen möchte. Daraus folgt aber keineswegs, daß das, was in Villafranca zwischen den beiden Kaisern in allgemeinen Umrissen vereinbart wurde, nicht zwischen den Bevollmächtigten der früher kriegführenden Mächte zum geächtlichen Ziele führen wird. Die Anwesenheit einer gewissen Zahl kaiserlich französischer Truppen in Italien, weit entfernt, ein beunruhigendes Anzeichen zu sein, dient vielmehr den Interessen der Ordnung in den von ihnen okkupirten Gebieten. Wir sind somit berechtigt, die erwähnten Gerüchte für durchaus unbegründet zu erklären.“

Turin, 1. Sept. Der modernste Klerus hat, wie schon erwähnt, mehrere Adressen erlassen, und derjenige der Stadt Neggio hat folgende Adresse an den König Victor Emanuel, „den großherzigen Vertheiger der italienischen Unabhängigkeit“, gerichtet: „Sire! Ihre Triumphe waren genug für Ihren Ruhm, nicht aber für die Größe Ihrer Seele. Eine unabwendbare Nothwendigkeit hat Sie auf dem heiligen Wege aufgehalten, der in ununterbrochener Siegesfolge Sie mit Ihrem edlen Verbündeten der Verwirklichung der unsern Herzen theuersten Wünsche zuführte. Während Sie der Lombardie, die sich erhob, die Hand reicheten, hatten Sie Gehör für die Seufzer Benetters, das so unerwartet sich von seiner Schwester getrennt sah. Sire! Ihr Herz war bewegt, und wir blieben stumm, da inmitten des Siegesgeräus unsere Stimme verhallt sein würde; aber heute kommen wir, um Sie in der Liebe zu bestärken, die der Vater bei dem Sohne findet, die der Gläubige in Gott und in dem gewissenhaften und freien Worte seiner Diener findet. Sire! In diesem feierlichen Augenblicke scharen wir uns um Sie mit der größten Anhänglichkeit, und ohne Furcht um unsere Zukunft protestiren wir gegen die Annahme, daß wir nicht stets Sie mit Lust als unsern König begrüßt hätten! Von Neuem vereinen sich in Ihnen alle Wünsche des Vaterlandes, und wir legen sie an den Stufen Ihres Thrones nieder unter dem Segen des Gottes der Gerechtigkeit und des Friedens, welcher Italien sein Glück und seinem langen Martyrthume schuldige Ruhe schenkt. Nicolas Vergari, Erzpriester und stellvertretender Generalvikar.“ (Folgen 104 Unterchriften.)

Die Adresse des Klerus von Gualtalla enthält folgenden Satz: „Der Klerus wünscht sich Glück, noch einmal auf die förmlichste und ausdrücklichste Weise diesen Wunsch (der Annerion) wiederholen zu können. Er bittet Sw. Erzellen, Sr. Majestät gegenüber sein Dolmetscher zu sein und dem König zu versichern, daß der Klerus sich mit Ergebenheit und Treue um seinen Thron scharr.“

In der Adresse des Kapitals der Eborherren von der Basilica des h. Prosper findet sich folgende Phrase: „Den feierlichen Begegnissen gegenüber, die nach dem Allmächtigen Willen sich in unsern schönen Vaterlande ereignen, und welche die Seele unwiderstehlich zum Danke gegen die hochherzigen Männer drängen, die er sich als seine vorzüglichsten Werkzeuge ausgesuchen hat, benutzt das Kapitel diese Gelegenheit, um Ihnen, als dem Vertreter des großherzigen Königs, dem angehören wir so glücklich sind, die Huldigung unserer innigsten Ergebenheit und unserer, von den festesten Gelübden begleiteten Treue darzubringen.“

Turin, 2. Sept. Daß man von französischer Seite noch immer eine Erneuerung der Feindseligkeiten nicht für unmöglich hält, ergibt man aus dem Umstande, daß die französischen Truppen in Italien strategische Aufstellungen genommen haben, welche vorzüglich auf die Vertheidigung von Centralitalien gegen eine Invasion von Venetianern aus hindeuten. Ihre Hauptmacht ist in der That in Casalmaggiore, Parma und Piacenza konzentriert, und man glaubt, daß die französische Armee darauf rechnet, sich auf die Festung Alessandria nöthigenfalls als Operationsbasis zu stützen. Es war in der That in diesen letzten Tagen das Gerücht verbreitet, daß Marschall Vaillant die Befehle der Festung durch seine Truppen verlangen wolle. Bis jetzt ist aber nichts darüber bestimmt, und das Gerücht stützt sich einzig auf den Umstand, daß die französische Armee-Intendant von der Munizipalbehörde Auskunft über die Militär-Einquartierungsmittel, die in jener Festung zu finden sind, verlangt hat. Die Munizipalität berichtet darüber an die vorgesetzte Behörde und schob es einstweilen auf, darauf Antwort zu geben. (H. 3.)

Die „Gaz. Piemontese“ veröffentlicht eine Mittheilung, nach welcher am 18. August die österreichischen Behörden alle mitgeführten Kriegsgeißeln, so wie die requirirten Pferde frei gelassen haben. — Nach demselben amtlichen Organe ist das genauere Zahlen-Verhältniß der parmesanischen Volksabstimmung folgendes: Provinz Parma 23,222 für, 113 gegen die Annerion; Provinz Piacenza 17,287 für, 257 gegen; Provinz Borgo San-Domino 5963 für, 45 gegen; Provinz Borgotaro 4679 für, 49 gegen; Provinz Pontremoli 5044 für, 19 gegen. — Der Diktator in Modena hat drei Dekrete erlassen, von denen das erste die Schleifung der Befestigungen von Brescello anordnet. Das zweite befiehlt die Schleifung der Befestigungswerke von Reggio, so weit sie die Stadt bedrohen. Das dritte endlich ordnet die Errichtung einer dritten Brigade von 2 Infanterieregimentern und einem Bataillon Säger an. — Nach Briefen aus Bologna hat man die Zahl der Truppen, welche die päpstliche Regierung in Pesaro versammelt, bedeutend übertrieben. Es befinden sich jetzt 3000 Mann Soldaten dort; zwei Schweizer- und zwei Linien-Infanterie-Regimenter (letzte kommen aus Rom) werden noch erwartet. Ueber mehr Truppen könnte also die päpstliche Regierung bei einem Angriffe gegen Rimini nicht verfügen. — Nach Briefen aus Neapel hat die neapo-

litianische Regierung die Absicht, eine Fremdenlegion zu bilden. Sie soll aufs Schnellste organisiert werden. (H. 3.)

Turin, 3. Sept. Die hiesigen Blätter von heute bringen Nachrichten über die Ankunft der toscanischen Deputation. Am Mittag besuchten die Abgeordneten die Turiner Stadtbehörden und die Parlamentsmitglieder. Abends fand Diner bei Sr. Majestät und allgemeine Beleuchtung statt. Sonntags gab der Minister des Auswärtigen ein Diner. „Montags“, sagt der „Indipendente“, „gibt die Stadt ein Banket, welchem Mitglieder beider Kammern beizuwohnen werden. Dienstags empfangen die Kammermitglieder die Deputation bei einem Bankette, bei welchem auch die Stadtbehörden zugegen sein werden. Wahrscheinlich werden die den Oesterreichern abgenommenen Kanonen während dieser Tage ausgestellt werden; auch wird wohl das Denkmahl Gioberti's enthüllt werden, welchem alle allgemeine Beleuchtung folgen wird. Die Stadt ist in der freudigsten Stimmung, die Nationalgarde unter den Waffen, der Enthusiasmus ungeheuer.“ Der Antritt der Deputation ging folgende Proklamation des Bürgermeisters von Turin vorher: „Mitbürger! Der berühmteste Volks-theil des modernen Italiens, welcher mehr als jeder andere dazu beitrug, die Finsterniß des Barbarismus zu zerstreuen, in welcher Europa besungen war, und die Verbreitung der Civilisation begann und begünstigte, welcher mehr als jeder andere sich durch seine Weisheit und seine bürgerliche Organisation, in der Pflege der Künste des Friedens auszeichnete; welcher kräftig seine Freiheit und seine Unabhängigkeit schützte, dieser Volkstheil giebt heute von Neuem das Beispiel der Bürgertugend, indem er den Geist provinzieller Rivalität der allgemeinen Vaterlandsliebe unterordnet. Die toscanische Bevölkerung verlangt freiwillig und einstimmig, ihr Schicksal mit dem Piemonts zu vereinigen. Sie will ihre Gesandten dem tapferen und loyalen Könige, unserm Könige Victor Emanuel II. anvertrauen; antworten wir auf diesen ehrenvollen Beweis von Achtung und Vertrauen mit aller Erkenntlichkeit und aller Liebe. Mögen die toscanischen Abgeordneten durch unseren Empfang sich überzeugen, daß das Volk in Piemont, weder schwach noch großmüthig, immer geneigt sein wird, Bruderschaft zu üben, und stets bereit, bei jedem Ereignisse mit Seelenruhe vor das Urtheil des öffentlichen Rechtsinnes und der Gerechtigkeit zu treten.“

Die Antwort des Königs Victor Emanuel an die toscanischen Deputirten scheint ein kleines diplomatisches Meisterstück zu sein; wenigstens ist es ihr gelungen, die Stimmen der verschiedenen, in der italienischen Politik zum Theil sehr abweichenden französischen Blätter, sowohl des „Pays“ wie der „Patrie“, des „Constitutionnel“ und des „Journ. des Débats“ wie des „Siecle“, für sich zu gewinnen und nicht minder den Beifall der Bevölkerungen in den Herzogthümern wie in der Lombardie. Unzufrieden sind nur die ultramontanen und die legitimistischen Organe Frankreichs mit der vorsichtigen Haltung des Königs, während die Toscaner die Antwort in dem Sinne, wie der „Nord“ sie gestern aufsaßte, ausgelegt haben. Eine telegraphische Depesche aus Florenz, 5. Sept., Montag Abends, meldet: „Gestern Abend fanden in allen Städten Toscana's große Festbeleuchtungen statt. In Florenz wurde unter den begeistertsten Beifallsrufen des Volkes an den Thüren der Paläste Bechio und Pitti, so wie des Stadthauses das Wappen des Hauses Savoyen aufgezogen. Die provisorische Regierung erließ eine Proklamation, worin die Antwort des Königs erläutert wird. Die Landbewohner nahmen Antheil an den Freudenbezeugungen der Stadtbewohner. Der Marquis de Ferriere-Bayer, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Frankreichs, ist nach Paris abgerufen worden.“ Hat diese Zurückberufung nur einen persönlichen Grund, so ist sie unerheblich; denn der Marquis war keine hervorragende Persönlichkeit, obwohl er eine nicht unwichtige Rolle hinter den Kulissen gespielt zu haben scheint. Soll diese Zurückberufung jedoch bedeuten, daß der Kaiser Napoleon, nachdem Sardinien um Toscana's Vertretung bei den Mächten übernommen, es nicht mehr am Plage findet, in Florenz einen bevollmächtigten Minister zu lassen, so ist diese Nachricht von hohem Interesse, weil sie eine Bestätigung jener Auslegung ist, welche die Italiener den Worten des Königs gegeben hatten. Wie eine Turiner Depesche vom 5., Morgens, berichtet, traf in der Hauptstadt Piemonts der Mailänder Gemeinderath ein, um die toscanische Deputation zu einem Besuche Mailands einzuladen. Die Deputation nahm diese Einladung an und gedenkt Turin am Mittwoch zu verlassen. Nach einer Pariser Korrespondenz der „R. Z.“ bestätigt es sich, „daß Graf Arce den Inhalt (wenn nicht den Wortlaut) der Rede Victor Emanuel's an die toscanische Deputation von St. Sauveur nach Turin überbracht hat, worin die ausweichende Fassung der königlichen Worte ihre genügende Erklärung findet. Dagegen schreibt man aus Turin, daß Graf Cavour, vom Könige um Rath angegangen, sich aufs Entschiedenste für die einfachste runde Annahme der Einverleibung ausgesprochen habe; mit der Nichtbefolgung dieses Rathes fallen demnach alle Gerüchte über die baldige Rückkehr dieses Staatsmannes in die Regierung zusammen. Man erwartet in kürzester Frist eine Denkschrift des sardinischen Kabinetts an die europäischen Höfe, in welcher die Lage Mittel-Italiens und die daraus hervorgehende Nothwendigkeit einer europäischen Schiedsrichterschaft entwickelt werden soll.“ Was die durch eine Schweizer Depesche in die Welt geschickte Ente einer bevorstehenden Zusammenkunft des Kaisers Napoleon und des Kaisers Franz Joseph anbelangt, mit der dann von der Konjunkturalpolitik auch die Reise des Fürsten Metternich nach St. Sauveur in Zusammenhang gebracht wurde, so ist der Pariser Gewährsmann der „R. Z.“ in der Lage, diese Nachricht aufs Entschiedenste zu dementiren. Die Kaiser haben wohl beiderseits an einem Villafranca genug. „Gewiß ist“, wie man demselben Blatt aus Wien schreibt, „daß man hier alle Hoffnung aufgegeben hat, auf diesem Wege zu einem befriedigenden Resultate zu gelangen, und soll, wie man hört, vor einigen Tagen eine ziemlich scharfe Note von hier nach Paris abgegangen sein, in welcher die Abweichungen von dem Programme von Villafranca bitter beklagt werden.“

Florenz, 2. Sept. Der Präsident der provisorischen Regierung, Ricasoli, hat am 31. August ein neues Rundschreiben an die Präfekten gerichtet, worin er sagt, daß eine der wesentlichsten Bedingungen des Erfolges in der Bewahrung der edlen und würdigen Festigkeit liege, welche dem Lande bisher die Bewunderung der Einheimischen und Fremden eingetragen habe. Wer daher, sagt Ricasoli, eine Fahne, die nicht die italienische, d. h. fortan auch die toscanische ist, aufsteckt, soll einen starken und strengen Verweis der Obrigkeit erhalten, zumal solchem Uebertreter des Gebots die Achtung der öffentlichen Meinung nicht fehlen werde.

Der „Patrie“ wird aus Florenz geschrieben, daß General Garibaldi einen seiner Adjutanten in einer Mission nach Paris schickte. — In Modena hat Garibaldi über die Truppen der provisorischen Regierung Heerschau gehalten und die Kasernen und Militärsptäler besichtigt.

Im „Monitore“ wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die zahlreiche muthvolle Jugend nicht den Müßiggang in den Städten dem rüftigen Lagerleben vorziehen werde, zumal Garibaldi, der so oft zum Sieg geführt, an der Spitze der Truppen stehe. Die Ab-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Posen, September 1859. Samenhandlung
von **Heinrich Mayer**, Kunst- und Handelsgärtner
Königsstraße 6/7 und 15a.

